

# Ein Netz ohne Synergieeffekte

*Am Beispiel der Endlosgeschichte der „Österreichischen Stromlösung“: Ein Lehrstück in Sachen alpenländischer Aktionärskultur.*

Volker Kier\*

Die aktuelle wettbewerbspolitische Gretchenfrage zur so genannten Österreichischen Stromlösung (ÖSL) lautet: Werden sich die diversen „öffentlichen Eigentümer“ von EnergieAllianz und Verbundgesellschaft ihrer Verantwortung für die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik entsinnen oder damit fortfahren der – auch internationalen – Öffentlichkeit ein Lehrstück alpenländischer Aktionärskultur darzubieten. Immerhin gibt es für die diesbezügliche Seriosität eines Landes kaum einen besseren Gradmesser als dessen Umgang mit staatseigenen Mehrheiten an Unternehmen im mit großer Emphase marktgeöffneten Sektor Energie.

Als sich im April objektiviert hatte, dass die ÖSL – also die Zusammenführung der EnergieAllianz mit dem Verbund – wettbewerbspolitisch nicht mehr länger verantwortbar sein würde, bedeutete dies für Österreichs Stromkunden einen ersten Hoffnungsschimmer: Ganz offensichtlich war den Wettbewerbshütern nicht verborgen geblieben, dass der durch die ÖSL erzwungene Rückzug des Verbundes aus dem Endkundengeschäft bereits die von den Allianz-Partnern erhoffte Wirkung gezeitigt hatte. Und die als Teufel an die Wand gemalte ausländische Konkurrenz war erwartungsgemäß „ferngeblieben“. Die „rot-weiß-rote Marktbegradigung“ entpuppte sich als das, wofür sie immer gedacht war: Als Kombination aus nach wie vor prohibitiven Netzgebühren und vergleichsweise niedrigen Strompreisen. Die Chancen stiegen, dass die Remonopolisierung der Stromversorgung an der Hybris ihrer Protagonisten scheitern würde.

Längst war auch absehbar, dass die erwarteten Synergieeffekte für den Verbund einer kritischen Überprüfung nicht standhalten würden. Als dann ein dazu bei Booz Allen Hamilton in Auftrag gegebenes Gutachten vorlag, war dessen Kernaussage so eindeutig, dass sich der Vorstand des Verbundes in seiner aktienrechtlichen Verantwortung



**Eiszeit in der österreichischen Energiepolitik: Werden sich die „öffentlichen Eigentümer“ ihrer Verantwortung für die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik besinnen?** Foto: AP

auferstande erklärte, die ÖSL-Verträge mit der Energie-Allianz abzuschließen.

Erwartungsgemäß war diese eindeutige Positionierung für die EnergieAllianz eine bittere Pille. Der Zusammenschluss der Energieversorger aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und dem Burgenland hatte bereits seine erhoffte „wettbewerbsdämpfende“ Wirkung entfaltet und durch

politischer Intervention zu rufen. Ein offener Brief an Bundesregierung und Parlamentarier wurde aufgesetzt und mit Zuckerbrot („... damit die österreichische Eigentümerschaft in einem der wichtigsten Wirtschaftsbereiche abgesichert werden kann.“) und Peitsche („Eine Absage des ... ausverhandelten Projektes ... würde zu einer völlig unverständlichen Konfrontation des Bundes mit den Ländern führen“) gewürzt.

Als ob es nicht schon genügte, dass sich unsere Republik ein Bundesverfassungsgesetz leistet, das Mehrheiten der öffentlichen Hände an allen Schlüsselunternehmen der E-Wirtschaft zwingend vorschreibt, leiten die Briefschreiber daraus auch noch ein implizites „Weisungsrecht“ der Politik für unternehmenspolitische Einzelentscheidungen ab. Wie anders ist es aufzufassen, wenn die EnergieAllianz glaubt, darauf hinweisen zu müssen, dass neben dem Bund mit 51 % auch Landesgesellschaften über 30 % Aktien an der Verbundgesellschaft halten.

Dem „Ruf nach den Big Brothers“ wird aber der angestrebte Erfolg dann versagt bleiben, wenn sich die politischen Ent-

scheidungssträger nicht einschüchtern lassen. Zu viele der Prognosen, die vor drei Jahren ausschlaggebend für die Schaffung der ÖSL waren, haben sich als unrichtig erwiesen und niemandem kann verwehrt werden, aus geänderten Voraussetzungen, revidierte Schlüsse zu ziehen.

## Sektorenprüfung

Dem Wirtschaftsstandort Österreich täte es gut, wettbewerbspolitische Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und die Bundesregierung könnte angesichts der bevorstehenden EU-Präsidentschaft der von Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes angekündigten Sektorenprüfung Energie gelassen entgegensehen. Und last, but not least: Auch Stromkunden sind Wähler.

Bundesminister Bartenstein hat übrigens bereits signalisiert, dass er der Absicht des Verbundes, in den Stromverkauf bis hin zu Kleinkunden einzutreten, positiv gegenüberstehe. Die nächsten Wochen versprechen spannend zu werden.

\*Dr. Volker Kier, ehemals Nationalratsabgeordneter des Liberalen Forums, ist Unternehmensberater in Wien.

## KOMMENTAR DER ANDEREN

die ÖSL hätte der Verbund endgültig als innerösterreichischer Mitbewerber neutralisiert werden sollen.

In einer ersten Reaktion versuchte es die EnergieAllianz noch mit „energiewirtschaftlicher Kollegialität“. Man machte sich Sorgen um das Fortkommen des Verbundes. Wien Energie-Chef Obentraut wurde vorgeschickt. „Die Stromlösung hätte für alle Vorteile gebracht: Der Verbund hätte einen guten Abnehmer gehabt und von Synergien profitiert. Die Versorger wären in dieser Konstruktion gut aufgehoben gewesen.“ Die Kunden hat er – nach gutem Monopolistenbrauch – nicht erwähnt.

Ganz offensichtlich ist man inzwischen auch in den Vorstandsetagen der EnergieAllianz zur Erkenntnis gelangt, dass mit Sachargumenten kein Weiterkommen sein würde. Was lag also näher als – ganz im Stil verstaatlichter Unternehmen – lautstark nach